Niederschrift

über die 19. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Dienstag, den 13.02.2024, um 17:00 Uhr im Saal des Bürgerhauses, Schloßmacherstr. 4-5.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Johannes Mans

Ausschussmitglieder

Dietmar Busch
Rolf Ebbinghaus
Volker Ebbinghaus
Jürgen Fischer
Hans Wilhelm Golombek
Bernd-Eric Hoffmann
Thomas Klee
Thomas Lorenz
Nils Paas
Elisabeth Pech-Büttner
Annette Pizzato
Udo Schäfer
Dietmar Stark
Dejan Vujinovic
Jörg Weber

Vertreter

Dennis Jaroschek	Vertretung für Herrn Uellenberg
Florian Langfeld	Vertretung für Herrn Schlüter

von der Verwaltung

Björn Borg
Jörn Ferner
Björn Hilverkus
Sandra Hilverkus
Burkhard Klein
Simon Woywod

Schriftführerin

Larissa Schipper

es fehlen:

Ausschussmitglieder

Sebastian Schlüter
Gerd Uellenberg

Tagesordnung:

(Öffentlicher Teil)

1.	Bildungszentrum Elberfelder Straße	BV/0497/2023/2
1.1.	Bildungszentrum Elberfelder Straße (Antrag der UWG-Fraktion vom 09.01.2024)	AN/0146/2024/2
2.	Erlass der Haushaltssatzung 2024	BV/0512/2024
3.	Vorschlagsliste über einzelne Maßnahmen gem. § 15 Hauptsatzung	BV/0513/2024
4.	Beteiligungsbericht für das Jahr 2022	BV/0488/2023
5.	Änderung der Hauptsatzung; hier: Änderung des § 8 Seniorenbeirat	BV/0501/2024
6.	Mitteilungen und Fragen	

Der Vorsitzende eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit gemäß § 8 der Geschäftsordnung fest.

Herr Vujinovic merkt an, dass das Thema Sicherheitskonzept auf der Tagesordnung fehlt und bittet darum, dieses Thema in den nächsten Haupt- und Finanzausschuss auf die Tagesordnung zu nehmen.

Auf die Abfrage der Befangenheit erklärt sich kein Mitglied für befangen.

(Öffentlicher Teil)

1. Bildungszentrum Elberfelder Straße BV/0497/2023/2

Herr Hoffmann führt den Antrag der UWG-Fraktion aus. Er betont, dass die Berechnungsgrundlage zu klein ist. Er gibt an, dass Containerlösungen keine Alternative zum Bau einer ordentlichen Schule sind.

Herr Lorenz teilt mit, dass die RUA-Fraktion dem Antrag der UWG-Fraktion zustimmen wird. Es ist besser die Schule wird nun größer gebaut, bevor die Kosten zu hoch sind. Man sollte stattdessen andere Schulstandorte überdenken.

Herr Ebbinghaus regt an, dass kleinere Klassen besser wären. Daher ist eine 3-Zügigkeit eigentlich geboten. Er erfragt, wie sich das Land hierzu verhält, denn wenn Radevormwald keine Lehrer zugeteilt bekommt, wird es schwierig. Weiterhin merkt er an, dass wenn die Schule inklusiv wird, man dies einfach in die Vorlage schreiben kann.

Der Bürgermeister betont, dass die Schule eine vertretbare Größe hat. Die Verwaltung muss auch auf die Finanzressourcen achten.

Der Antrag der UWG-Fraktion wird abgestimmt.

<u>Beschlussentwurf:</u>

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen für das Bildungszentrum Elberfelder Straße mit

a. einer fünfgruppigen Kindertagesstätte

b. einer dreizügigen Grundschule, mit ausreichend räumlichen Kapazitäten zur Betreuung im öffentlichen Ganztag

c. einer Zweifachsporthalle

weiter zu betreiben.

Abstimmungsergebnis:	5 Ja-Stimmen	(1 UWG, 1 FDP, 1 RUA, 1AfD, 1AL)
	13 Nein-Stimmen	(6 CDU, 4 SPD, 2 GRÜNE, Bürgermeister)

Somit ist der Antrag abgelehnt.

Herr Hoffmann merkt an, dass die UWG-Fraktion für die Vorlage der Verwaltung ist, weil sie nicht gegen den Bau der Schule stimmen werden.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:
Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen für das Bildungszentrums Elberfelder Straße mit

a) einer fünfgruppigen Kindertagesstätte

b) einer zweizügigen Grundschule, mit ausreichend räumlichen Kapazitäten zur Betreuung im offenen Ganztag

c) einer Einfachschulsporthalle

weiter zu betreiben.

Abstimmungsergebnis:	15 Ja-Stimmen	(6 CDU, 4 SPD, 2 GRÜNE, 1 UWG, 1 AfD, Bürgermeister)
	3 Enthaltungen	(1 FDP, 1 RUA, 1 AfD)

1.1. Bildungszentrum Elberfelder Straße (Antrag der UWG-Fraktion vom 09.01.2024) AN/0146/2024/2

Siehe TOP 1.

2. Erlass der Haushaltssatzung 2024 BV/0512/2024

Herr Woywod erläutert die Vorlage.

Herr Stark merkt an, dass die Ausschüsse den Haushalt vorberaten haben und es somit eigentlich keine Änderungen mehr geben dürfte. Er teilt die Meinung nicht, dass im Haupt- und Finanzausschuss ein Beschluss gefasst werden muss. Er gibt an, dass sich bis zum Rat der Stadt noch Veränderungen ergeben können.
Weiterhin teilt er mit, dass die Repräsentationskosten aufgrund der Neuaufnahme Städtepartnerschaften auf 14.500 € erhöht wurden. Er fragt, wie hoch der Ansatz allein für Städtepartnerschaften insgesamt ist.
Herr Borg gibt an, dass es sich um einen Betrag von insgesamt 11.400 € handelt.

Anmerkung der Verwaltung:
Städtepartnerschaften haben eine eigene Kostenstelle mit 4.750 €.

Es sollen 5.000 € von Repräsentationen auf Städtepartnerschaften überschrieben werden.

Herr Golombek merkt an, dass man die Städtepartnerschaften stärken muss.
Der Bürgermeister teilt mit, dass ein Schüleraustausch und ein Austausch mit dem Jugendbeirat mit Nowy Targ geplant sind. Aus Frankreich gibt es keine Signale.

Herr R. Ebbinghaus merkt an, dass die Investitionen bei 37,5 Mio. € liegen und erfragt, ob die Verwaltung sich zu viel vornimmt.
Herr Woywod gibt an, dass die Maßnahmen mit den Fachämtern abgesprochen sind.

Herr Hoffmann teilt mit, dass man diesen Tagesordnungspunkt nicht beschließen kann.
Der Bürgermeister teilt mit, dass ein Beschluss gefasst werden muss, weil sich sonst der Beschluss im Rat der Stadt verzögert. Für den Rat der Stadt können noch Veränderungen eingereicht werden.
Herr Hoffmann betont, dass es gut gewesen wäre die Fraktionsvorsitzenden hierüber zu informieren.

Herr Weber ist während der Abstimmung nicht anwesend.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung 2024 inklusive Anlagen (Haushaltsplan inklusive dessen Anlagen) nach § 80 Abs. 4 GO NW wird beschlossen.

2. Der Stellenplan nach § 41 Abs. 1 lit. h) GO NW wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	12 Ja-Stimmen	(5 CDU, 4 SPD, 2 GRÜNE, Bürgermeister)
	5 Enthaltungen	(1 UWG, 1 FDP, 1 RUA, 1AfD, 1 AL)

3. Vorschlagsliste über einzelne Maßnahmen gem. § 15 Hauptsatzung — BV/0513/2024

Herr Stark teilt mit, dass man dieses Thema im Haupt- und Finanzausschuss nicht beschließen kann, weil die SPD-Fraktion zum Thema Wülfing Ausbau und Sanierung Erörterungsbedarf hat.

Herr R. Ebbinghaus gibt an, dass man den Beschluss trotzdem fassen kann, weil vor Start der Maßnahme der Rat der Stadt darüber beschließen muss.
Herr Woywod bejaht dies und erklärt, dass es sich hier um Maßnahmen handelt, die separat vom Rat der Stadt beschlossen werden müssen.

Herr Vujinovic erfragt, ob der Rat der Stadt die Liste noch ändern kann.
Dies wird bejaht.

Nach ausgiebiger Diskussion wird sich dafür ausgesprochen, den Beschluss im Rat der Stadt zu fassen.

4. Beteiligungsbericht für das Jahr 2022 BV/0488/2023

Herr R. Ebbinghaus teilt mit, dass die Versorger-Allianz in der Grafik fehlt.
Herr Borg teilt mit, dass die in der Grafik enthalten ist.

Weiterhin erfragt Herr R. Ebbinghaus, wieso das Anlagevermögen der Bäder GmbH 24 Mio € beträgt.
Herr Woywod gibt an, dass hier der Beteiligungswert der Stadtwerke enthalten ist.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt den anliegenden Beteiligungsbericht für das Jahr 2022 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Änderung der Hauptsatzung; hier: Änderung des § 8 Seniorenbeirat BV/0501/2024

Der Bürgermeister gibt an, dass man die Kompetenz des Seniorenbeirates nicht beschneiden will. Der Seniorenbeirat ist in fast allen Ausschüssen vertreten und erhält somit alle Informationen. Dieses Thema möchte man juristisch abklären lassen. Die Verwaltung ist jederzeit zum Austausch mit dem Seniorenbeirat bereit.

Herr Vujinovic meldet für die CDU-Fraktion Beratungsbedarf an. Er erfragt, wie der Seniorenbeirat die Einladungen der Ausschüsse erhält.
Frau Schipper gibt an, dass alle Mitglieder des Seniorenbeirates eine Mitteilung per E-Mail erhalten, wenn eine Einladung im Ratsinformationssystem einsehbar ist. Die, die mitgeteilt haben, dass sie papierlos informiert werden möchten, erhalten nur eine E-Mail. Die anderen Mitglieder des Seniorenbeirates erhalten die Einladungen per Post.

Herr R. Ebbinghaus meint, dass mit dem bestehenden Satz der Seniorenbeirat weitergehende Rechte als die Ausschüsse hätte.

Herr Stark erklärt, dass die Satzung 2009 so formuliert wurde. Zu dieser Zeit gab es noch keinen Seniorenbeirat und man hatte ein anderes Verfahren.

Herr Hoffmann teilt mit, dass er die rechtliche Ausarbeitung gerne vor dem Rat der Stadt erhalten möchte.
Der Bürgermeister betont, dass er das nicht durch einen Anwalt, sondern durch die Kommunalaufsicht prüfen lassen möchte.

Nach dieser Diskussion wird sich dafür ausgesprochen im Rat der Stadt hierüber zu entscheiden.

6. Mitteilungen und Fragen

Herr Fischer fragt, ob der Jugendbeirat noch in Session eingefügt wird.
Der Bürgermeister gibt an, dass dies noch erfolgen muss.

Herr R. Ebbinghaus möchte wissen, wer für die Gestaltung der Umleitung für den Brückenneubau Dahlhausen verantwortlich ist und wer die Kosten trägt. Weiterhin erfragt er, ob der Ersatz der Fußgängerbrücke doch nicht erfolgt.
Der Bürgermeister teilt mit, dass es eine schwierige Umleitungssituation geben wird. Zuständig ist Straßen NRW. Man hatte mit Straßen NRW gute Absprachen getroffen, jedoch konnte die Polizei dies nicht verantworten. Daher wird nun eine komplizierte Umleitung erfolgen, die eine starke Zumutung für die Bürger bedeutet.
Frau Treiber gibt an, dass die Fußgängerbrücke hergestellt wird. Eine Umleitung durch das Schnellental wird vom Ordnungsamt geprüft. Straßen NRW kann diesen Weg nicht verantworten.

Herr Paas teilt zum Thema Feldmannshaus mit, dass dort immer noch ein Haufen von Recyclingmaterial liegt. Man ist davon ausgegangen, dass die Fläche hergestellt ist. Man hat in den Sitzungen immer mitgeteilt, dass dieses Thema erledigt ist und nun steht in der Zeitung, dass dort noch Arbeiten verrichtet werden müssen.

Anmerkung der Verwaltung:
Hierzu wurde im Bauausschuss wie folgt ausgeführt:
Die noch vorhandenen Erdhaufen werden noch für die Fertigstellung der Erschließungsstraße zur B229, sowie zur Fertigstellung der Anschüttung generell benötigt. Gemäß dem Standsicherheitsgutachten gibt es in Teilbereichen der Böschung ein rechnerisches Problem mit dem Nachweis der Standsicherheit. Aus diesem Grund hat man sich gemeinsam mit dem Gutachter und der auszuführenden Firma auf eine Abflachung der Böschung geeinigt. Diese Änderung wird jetzt geplant und bis voraussichtlich August/September umgesetzt. Die „umweltgefährdenden Haufen“ der Vorgängerfirma sind fachgerecht entsorgt.

Herr Hoffmann erfragt, ab wann das Grundstück verkauft wird.
Herr Woywod teilt mit, dass dies 2025 erfolgen wird.

Ende des öffentlichen Teils: 18:14 Uhr.

Johannes Mans
Vorsitzender

Larissa Schipper
Schriftführerin

gesehen: Bürgermeister/Erster Beigeordneter